

Potsdam, 05. Juni 2025

## **Gewaltschutz ist nicht verhandelbar – Landesregierung muss Verantwortung übernehmen**

Der Schutz vor Gewalt ist ein unveräußerliches Grundrecht. Unabhängig von der aktuellen Haushaltslage fordern wir, die Arbeitskreise zum Thema Gewaltprävention und Gewaltschutz in den Kommunen und Landkreisen Brandenburgs, die Landesregierung mit Nachdruck dazu auf, ihrer gesetzlichen und menschenrechtlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Schon heute bleibt das Land Brandenburg hinter den Standards zurück, die durch internationales und Bundesrecht (wie die Istanbul Konvention und dem Gewalthilfegesetz) vorgegeben sind. Dazu zählen beispielsweise der flächendeckende Zugang zu niedrigschwelligen und barrierefreien Beratungsangeboten und ausreichend geschützten Plätzen in Frauenhäusern, wie sie laut Konvention in einem angemessenen Schlüssel zur Bevölkerungszahl zur Verfügung stehen müssen.

Wir stellen klar: Die strukturellen Lasten, die durch unzureichende Ausfinanzierung oder geplante Einsparungen entstehen, dürfen nicht weiter auf kommunaler Ebene abgeladen werden. Wir verweigern uns, die Konsequenzen eines Rückzugs des Landes auf dem Rücken der Betroffenen zu tragen.

Verwaltungsabläufe und Projektmittelvergabe sind oft komplex und ineffizient, was die Umsetzung externer Hilfsprojekte behindert. Zudem ist Brandenburg das einzige Bundesland in Deutschland, in dem bislang eine beauftragte Person für Opferschutz fehlt, die als zentrale Anlaufstelle fungieren könnte.

Wir appellieren an die Abgeordneten des Brandenburger Landtags, sich für eine strukturelle Verbesserung des Opferschutzes einzusetzen. Notwendig sind eine verlässliche Finanzierung, der Ausbau von Schutzplätzen für alle Betroffenenengruppen und die Einrichtung einer zentralen Koordinationsstelle.

Nur so kann gewährleistet werden, dass Opfer von Gewalt in Brandenburg die Hilfe und Unterstützung erhalten, die sie dringend benötigen.

Kontakt für Rückfragen:

Claudia Sprengel  
Sprecherin der LAG / Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam (siehe Sprecherinnen)

### **Sprecherinnen der LAG:**

Christiane Bonk  
Stadt Oranienburg  
T: +49 (0) 3301 | 600 606  
M: bonkc@oranienburg.de

Ines Rehfeld  
Stadt Neuruppin  
T: +49 3391 | 355 600  
M: ines.rehfeld@stadtneuruppin.de

Solveig Schuster  
Gemeinde Schönefeld  
T: +49 30 | 53 67 20 903  
M: gleichstellung@gemeinde-schoenefeld.de

Claudia Sprengel  
Landeshauptstadt Potsdam  
T: +49 (0) 331 | 289 1080  
M: Claudia.Sprengel@rat-haus.potsdam.de

Unterzeichner\*innen:

Claudia Sprengel  
Sprecherin der LAG / Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt Potsdam

Christiane Bonk, Sprecherin der LAG/ Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Oranienburg

AK Opferschutz in Potsdam

AK Häusliche Gewalt im Landkreis Oberhavel

Arbeitskreis "Keine Gewalt gegen Frauen und Kinder" der Stadt Brandenburg an der Havel

Netzwerk „GewaltFrei“ - für ein gewaltfreies Leben für Frauen Mädchen in Teltow-Fläming